

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Sozialpolitik

Nr. 634/14 vom 16. Dezember 2014

Katja Rathje-Hoffmann: Ministerin Alheit muss sich mit den UKSH-Verantwortlichen und den Schwesternschaften endlich an einen Tisch setzen

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, hat anlässlich des offenen Briefes der betroffenen DRK-Schwesterschaften über die Kündigung von 1000 Schwestern durch das UKSH die Landesregierung aufgefordert, über den Aufsichtsrat eine Vermittlerrolle einzunehmen:

„Die von den Schwesternschaften in ihrem offenen Brief angeführten Argumente sind schwerwiegend. Ich fordere Sozialministerin Alheit auf, sich mit den Verantwortlichen an einen Tisch zu setzen“, erklärte Rathje-Hoffmann heute (16. Dezember 2014) in Kiel.

Es sei schlimm genug, dass offenkundig weder der Vorsitzende des Aufsichtsrates, noch die Landesregierung insgesamt von den Kündigungsplänen wusste.

„Der Vorstand hat offenbar 1000 Kündigungen ausgesprochen, ohne den Aufsichtsrat zu informieren. Das verfestigt den Eindruck, dass der derzeitige Aufsichtsrat die Interessen des Landes und der Steuerzahler gegenüber dem UKSH nicht ausreichend vertritt“, so Rathje-Hoffmann.